

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 4.

zu Nr. 293 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 14. Dezember.)

Abg. Wötcher (Fortsetzung):

Die Sozialdemokratie hat es abgelehnt, die Arbeiterregierung zu bilden, sie hat es abgelehnt, die Arbeiter in weitestem Umfange für ihre Politik heranzuziehen, infolgedessen müssen sie auch die Verantwortung tragen für diese Politik. (Abg. Müller [Leipzig]: Weil Sie Angst haben, die Verantwortung mit zu übernehmen!) Wir haben davor absolut keine Angst. Wir haben nur Angst davor, die Verantwortung zu übernehmen für die Pleite. Wir haben Lust und noch jeden Tag den Willen, die Verantwortung für eine Kampfregierung zu übernehmen. Jetzt sind wir so weit, daß wir den Sozialismus in die Fabriken tragen können, daß wir den Sozialismus in die Bergwerke tragen können, in die ganze Wirtschaft. Da gehört allerdings Kopf und Faust zusammen, Gewehr und Hirn zusammen, und dazu gehört auch der Wille die gesunde, elementare, ungeborene Kraft, die in den breiten Massen der Arbeiter schlummert, zu wecken und in den Dienst dieses Kampfes zu stellen. Aber die Sozialdemokratie hat die Kampfstrategie der sächsischen Arbeiter systematisch gebrochen, systematisch gebrochen dadurch, daß sie allen ihren Versprechungen niemals die Taten folgen ließ.

Die Kommunistische Partei hat bei der Forderung der Arbeiterregierung in Sachsen insbesondere auch betont, daß die Veranziehung der Arbeiter zur Gesetzgebung, zur Mitarbeit bedeutet die Bildung und Schulung der Arbeiterschaft für eine höhere Kampfkraft, und gerade die Sozialdemokratische Partei ist es immer, die jeden Tag sagt, wir haben keine Leute, um die Verwaltungsstellen zu besetzen, wir haben keine geeigneten Leute, um die Bürgerlichen aus ihren Positionen herauszuwerfen. Nun steht die Kommunistische Partei nicht auf dem Standpunkte, daß man Klassenkämpfer, daß man Vorkämpfer im Lager des Bürgertums schulmäßig heranzubilden, sondern, daß man diese Kämpfer heranzubildet durch den Kampf selbst. Die Kommunistische Partei führt den Kampf um die Arbeiterregierung in Sachsen weiter, so wie sie den Kampf im Reich um die Arbeiterregierung führt und nach energischer Führen wird als bisher. Die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Regierung wird die Kommunisten und die kommunistischen Arbeiter, wenn sie in diesen Fragen kämpft, jederzeit auf ihrer Seite haben, und wir haben das Vertrauen in die sozialdemokratischen Arbeiter, daß sie diesen Kampf zu führen gewillt sind. Wir haben aber aus der Erfahrung und aus der Beobachtung das Vertrauen in die sozialdemokratischen Führer im allgemeinen und in die sozialdemokratische Regierung insbesondere, daß sie diesem Kampfe ausweicht und daß sie in diesen Fragen kneifen wird. (Zuruf bei den Demokraten.) Deshalb werden wir in den Fragen, wo Sie mit Ihrer Regierung versagen, draußen außerhalb des Parlaments und hier jederzeit die Arbeiter aufrufen; jederzeit werden wir im einzelnen politisch der Arbeiterschaft sagen, was die Stunde erfordert, werden die Arbeiter sammeln zur Einheitsfront, zu jener Einheitsfront, die die Voraussetzung ist zur Führung der Abwehrkämpfe, die heute von der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kapitals durchgesetzt werden müssen. Diese Sammlung der proletarischen Kräfte wird betrieben, ob Sie das wollen oder nicht, und der beste Verbündete, den wir dabei haben und der früher der Verbündete der Sozialdemokraten war, das ist die Entwicklung, sowohl ökonomisch wie auch politisch, die Entwicklung, die nicht herausführt aus dem kapitalistischen Krise, die nicht herausführt aus dem Zusammenbruch, sondern die immer tiefer in den Zusammenbruch hineinführt. Die Kraft der Arbeiter liegt allerdings nicht hier in diesem Hause. (Abg. Claus: Rein, ganz recht, nur bei Ihnen!) Die Kraft der Arbeiter liegt draußen an den Stätten der Produktion, wo sie dem Feind unmittelbar gegenübersteht. (Abg. Schurig: Auch nicht bei Kemner!) Und dort an dieser Stelle der Produktion wird sich die Arbeiterschaft sammeln und den Kampf führen. Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen in diese Quasellubden, wie sie von der Arbeiterschaft genannt werden. (Abg. Dr. Dehne: Selbsterkennnis ist der beste Weg zur Besserung! — Sie sind der König aller Quasellubden! — Lebhaftes Sehr richtig! auf allen Seiten.) Wir werden auch unser Teil dazu beitragen, diesen Parlamentarismus zu diskreditieren, (Abg. Claus: Zu blamieren!) soweit wir dazu irgend imstande sind. (Abg. Wetke: Sie brauchen gar keine Absicht haben, das wird schon ohne das.) Die große Koalition mit der Deutschen Volkspartei verhindert in Sachsen die Bildung der Arbeiterregierung, weil die Sozialdemokratie in Sachsen nicht die Kraft aufbringt, gegen die Politik der großen Koalition anzukämpfen und weil die Sozialdemokraten trotz ihres geistreichen Lächelns auf diesen Vänsken sehr gut wissen, daß draußen bei den Arbeitern über diese Frage eine verdammte andere Meinung herrscht, als sie in den sozialdemokratischen Zeitungen zum Ausdruck kommt. Wenn sie den Mut hätten, die Politik der Deutschen Volkspartei zu bedenken, dann müßten sie auch den Mut haben, vor die Arbeiter zu treten und ihnen zu sagen, der Achtstundentag ist Unsinn, wir müssen jetzt mehr arbeiten. Der Achtstundentag muß beseitigt werden. (Zuruf rechts: Kommt noch!) Aber diesen offenen Mut bringen sie nicht auf und sie verschieben

sich deshalb hinter allgemeinen Redensarten. Auch in allen anderen Fragen hier gehen sie mit der bürgerlichen Gesellschaft absolut den gleichen Weg und ihre ganze Ideologie und politische Auffassung ist die Rettung und Stützung der bürgerlichen Gesellschaft, die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Produktionsweise. Sowjet-Rußland ist die einzige Macht, (Zuruf rechts: Wo das Elend am größten ist!) ist der eiserne Fels, (Heiterkeit.) auf dem die europäischen Arbeiter sich heute noch stützen können, (Zuruf: Solange sie Kubel bekommen!) und die Sozialdemokraten haben sehr wohl begriffen, mißsam den Antiserbamer Gewerkschaften, daß das zusammenbrechende Sowjet-Rußland die größte Gefahr für die europäische Arbeiterklasse bedeuten würde. Fest steht dieses Land, und Sie werden es nicht brechen, trotz aller Interventionspläne, trotz der Tatsache, daß Frankreich an der Lösung Bayerns arbeitet, daß Frankreich sich durch ein monarchistisches Bayern das alte Aufmarschgebiet über die Tschechoslowakei und Polen zu einer Interventionspolitik gegen Rußland sucht. Und diese Tatsache des Befehens der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik gibt heute für die deutschen Arbeiter in weitestem Umfange die Hoffnung, daß der Sozialismus trotz allen Verrats der Sozialdemokratie in Europa nicht verloren ist. Und wenn jetzt eine Depressionsperiode eingetreten ist, (Aha! rechts.) wenn die Arbeiterklasse von den Sozialdemokraten in Niederlagen geführt worden ist, so hat sie die Kraft und auch den Willen, aus diesen Niederlagen heraus zum Gegenangriff überzugehen. Ein Konzentrationspunkt, ein Aufmarschgebiet dieses Gegenangriffs konnte die Arbeiterregierung in Sachsen sein, sollte eine sächsische Arbeiterregierung sein, um mit ihr zusammen einen roten, mitteldeutschen Korridor zu schaffen, (Aha!) der es dem bayerischen Faschismus unmöglich macht, nach dem Norden vorzudringen und dort das industrielle Proletariat niederzuwerfen. Diese Arbeiterregierung wird auch zustandekommen. Durch den Kampf und die Möglichkeit des Kampfes wird das Selbstbewußtsein, die Kraft und das Vertrauen der Arbeiterschaft zu sich selbst erneuert, gestärkt, und durch diese Kraft und durch dieses Vertrauen gestärkt, werden die Arbeiter in Sachsen den Ausgangspunkt und die Stützpunkte schaffen für den Angriff gegen die Bourgeoisie auf der ganzen Linie. (Lachen rechts. — Gube-Rufe. — Abg. Dr. Oberle: Das war die Rede einer Regierungspartei!)

Präsident: Der Herr Abg. Wötcher verglich den Landtag mit einer Quasellubde. (Heiterkeit.) Aus der Tatsache, wie das gesamte Haus mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion diese Äußerung aufnahm, muß ich aber entnehmen, daß man sich dadurch nicht beleidigt gefühlt hat. (Lebhafte Reim-Rufe.) Infolgedessen erteile ich auch keinen Ordnungsruf.

Abg. Dr. Schfer: Es ist eine überaus bedeutsame Kundgabe, daß der Herr Redner der Kommunistischen Fraktion gesagt hat: Wir haben das schärfste Mißtrauen gegen die Regierung im weitesten Maße. An dieser Stelle ausgesprochen heißt das, der Regierung das Mißtrauen in aller Form auszusprechen. Und was das gerade in diesem Augenblicke bedeutet, darauf möchte ich unsere Regierung aufmerksam machen. Sie hat in ihrer Erklärung den Satz stehen: „Die bisher befolgte Politik ist durch die Wahl am 5. November gebilligt worden.“ Wenn irgend etwas, so haben es die Ausführungen meines Vorredners bewiesen, daß so vielleicht eine Wehrheitsregierung, die eine gewaltige Wehrheit des Volkes hinter sich hat, sagen darf, daß die Wahl die Politik gebilligt hätte. Für eine Wehrheitsregierung, die auf so schwachen Füßen steht, ist ein solcher Satz reichlich lähnen. (Sehr richtig!) Ich würde vielleicht auf diesen Satz nicht eingehen, wenn nicht seine Fortsetzung lautet: „Das neue Kabinett will diese Politik fortsetzen.“ Ja, dieser Satz ist ja noch weniger glücklich. Die bisherige Politik der Regierung hat zur Auflösung des Landtages geführt. Diese Politik fortzusetzen, kann doch unmöglich die Absicht der Regierung sein, und sie hat auch ganz entgegengesetzt zu diesem Satz bereits gehandelt; denn sie hat den Versuch gemacht, ihre Politik zu ändern dadurch, daß sie in Verhandlungen mit der kommunistischen Partei eingetreten ist auf Grund von Leitfragen und Grundfragen, die bisher in der Politik nicht eingehalten waren, sondern durchaus als Zugeständnisse an die kommunistische Partei aufgefaßt werden mußten. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen geführt haben, ist uns bekannt. Trotz dieser Abjage ist die Regierungserklärung doch auf den Ton gestimmt, daß man der kommunistischen Anschauung in der Politik Rechnung tragen will: einen anderen Sinn kann der Zusatz zu dem Satze, den ich eben zitierte, wohl nicht haben, es heißt nämlich in dem Satze, es soll die Politik fortgesetzt werden in sozialistischer Auffassung. Nebenbei will ich bemerken, es ist immerhin auffällig, daß in der ganzen Regierungserklärung das Wort sozialistisch und nicht einmal das Wort sozialdemokratisch auftritt. Ob das beabsichtigt ist oder nicht, lasse ich dahingestellt, mir ist es aufgefallen. Zwar weist der Präsident auf den von ihm geleisteten Eid und darauf hin, daß auch die Minister ihn geleistet haben, aber zugleich betont er dreimal in ganz besonderer Hervorhebung die Erklärung das sozialistische Ziel, die sozialistische Auffassung, die sozialistische Wirtschaftsform. Nach unserer Auffassung ist das, was für einen Parteimann zulässig, vielleicht sogar verständlich ist, es doch nicht für den Minister, noch viel weniger für die Regierung. Auch im Volksstaate muß nach unserer Auf-

fassung die Regierung über den Parteien stehen oder mindestens zu stehen versuchen. (Zustimmung.) Die Regierung fordert von uns, daß wir ihr den schweren Vorfall, die Regierung zu übernehmen, erleichtern, sie weist hin auf die Aufgaben, die uns gemeinsam obliegen, an denen mitzuarbeiten zum Wohle des Volkes und des Staates wir verpflichtet sind. Wohl an, wir sind bereit. Warum aber hindert sie uns an dieser Mitarbeit, indem sie an den entscheidenden Stellen wieder die Schranke aufrichtet, über die wir nicht hinwegkommen?

Auch wir vermessen vor allen Dingen, daß ein Wort gesagt ist über das Treueverhältnis des Landes zum Reich. Der Meinung, die die Kommunisten gegeben haben, daß unsere Regierung als eine Hauptaufgabe ansehen solle, gegen die Reichsregierung zu arbeiten, müssen wir die entgegengesetzte gegenüberstellen: mögliche Übereinstimmung zwischen Reichs- und Landespolitik. In der Landesverfassung liegen auch die Normen und die Richtschnur für die Regierungen der Länder. Die einseitige Parteinestellung verleiht dazu, gegen diese Grundsätze unserer Verfassung Maßnahmen zu treffen. Ich will an einiges nur beispielsweise erinnern. Auf wirtschaftlichem Gebiete an die Freilassung einzelner Erwerbsgenossenschaften von Steuern, auf juristischem Gebiete an die Riederschlagung von Verfahren auch gemeiner Bergehen, wenn sie in politischem Zusammenhang erfolgt sind. Ich erinnere auf dem Verwaltungsgebiete an die unbefristete Bevorzugung von Parteigenossen, ich erinnere auf kulturellem Gebiete an die ungerechte Behandlung unserer Geistlichen, deren Not in einzelnen Fällen zum Himmel schreit. Die parteipolitische Einstellung verleiht dazu, die gewährleistete Freiheit zu gefährden. Gewiß hat die Freiheit des einzelnen ihre Schranken am Wohle des Ganzen und wir wünschen ein scharfes Einschreiten gegen herzulosen Eigennutz, Wucher und Betrüger. Die Freiheit des einzelnen hat ihre Schranken am Bestehen und an der Existenz des Staates, und wir können völlig zu, wenn vorgegangen wird zum Schutze der Republik gegen die, die im Dunkeln wühlen, und wenn vorgegangen wird gegen Männer, die ihr Amt mißbrauchen, um den Staat zu gefährden. (Sehr richtig! bei den Dem.) Aber das oberste Recht des Staatsbürgers ist uns die Freiheit, und dazu gehört gewiß auch die Überzeugungsfreiheit. Ich erinnere an die im Wahlkampf viel besprochenen Verordnungen des Unterrichtsministeriums.

Unser ganzes Denken wird doch jetzt beherrscht von der Rot unserer Tage, von der Leuerung und Verelendung weiter Schichten. Wie ihnen zu steuern sei? — Die Regierung vermag es nicht zu sagen, und wir machen ihr keinen Vorwurf daraus. Unser Schicksal wird eben von außen her, von Kräften bestimmt, die wir nicht in der Hand haben. Dorthin lenkt sich der Blick, hilflos, ratlos. Aber eins müssen wir noch erkennen: daß in diesem Druck der Ruf, den wir erklingen lassen, auf innere Verständigung und inneren Zusammenhalt ernste Berechtigung erhält. Es ist diese Rot ja richtig durch einzelnes, was in der Regierungserklärung steht, getroffen. Sie spricht von der Wohnungsnot, von Ernährungsschwierigkeiten, von Erwerbslosigkeit. Werkwürdigerweise vergißt sie den Kreis, der unter der augenblicklichen Not am schwersten leidet: die Kleintrentner; sie gedenkt nicht der freien geistigen Berufe. Freilich erklärt sie, daß sie den Rötten gegenüber machtlos ist. Es ist nichts anderes als eine Erklärung der Machtlosigkeit der Wohnungsnot gegenüber. Wir werden daselbe den Ernährungsschwierigkeiten gegenüber erleben. Wir kommen ihnen nicht bei durch Eingriffe in die freie Wirtschaft. Diese Eingriffe sind ja nur verständlich, weil man sich sagt, es muß etwas geschehen. Aber die Erfahrung lehrt, daß auf diesem Wege mit Erfolg nichts geschehen kann. Die Leuerung, die Geldentwertung ist ja begründet in der gesamten Lage unseres Volkes, sie ist die Wirkung des Versailler Vertrages. Und daß dieser geändert werden muß, daran müssen wir alle, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einig sein. Was wir dieser Lage gegenüber tun können, sind ja nur kleine, beinahe unscheinbare Mittel. Gewiß ist eine scharfe Überwachung des Wuchers und des Betruges nötig und harte Strafen sollen ausgesetzt werden. Auf der anderen Seite können wir den Darbenden mit Staatshilfe zur Seite stehen, vor allen Dingen den Sozial- und Kleintrentnern. Aber darüber hinaus geht unsere Macht nicht.

Die sozialdemokratische Regierung erstrebt den sozialistischen Wirtschaftsstaat. Die Erfahrungen, die mit dem sozialistischen Wirtschaftsstaate gemacht worden sind, sprechen doch dafür, daß man jeden Versuch in dieser Richtung unterlassen sollte. (Zuruf bei den Soz.: Haben wir auch nirgendwas gesagt!) Auch Warner aus den Kreisen der Sozialdemokratie gibt es genug, die davor warnen, jetzt in dieser Lage unserer Wirtschaft solche Experimente zu machen. (Zuruf bei den Soz.: Experimente wollen wir auch gar nicht machen!) Warum aber steht in der Regierungserklärung kein Wort darüber, was zu geschehen hat zur Förderung der Industrie, des freien Gewerbes, des freien Handels, des freien Berufs auf eigener Scholle? Wir vermessen, daß hierauf die Sorge der Regierung und des Landtages gerichtet werden muß. Verührend hätte an dieser Stelle auch ein Hinweis auf den Schutz dieser Kreise vor Gewalttätigkeiten gewirkt.

Es ist die parteimäßige Einstellung, die es auch und wie auch schon vor zwei Jahren unmöglich macht, der

Regierungserklärung zuzustimmen. Trotzdem sind wir gewillt, in einzelnen Fragen mitzuarbeiten, wie die Erklärung sagt, zum Wohle des Volkes. Aus der großen Fülle von Plänen und Anregungen können wir nur einige, mit denen wir grundsätzlich übereinstimmen, unterstützen, wie den Ausbau der Staatsbetriebe, die Verteilung der Reichsteuern nach den Bedürfnissen von Land und Gemeinde, die Ausgestaltung des Beamtenrechts, die wir übrigens schon immer gefordert haben, die Gemeindeordnung im Sinne einer Fortbildung der Steinschen Reform, den zweckmäßig auf die Staatszwecke, und zwar auf die Volksstaatszwecke eingerichteten Ausbau der Polizei, die Wohlfahrtspflege, die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen usw. Vor allen Dingen stimmen wir den Schulfragen zu. Die Übernahme des Strafvollzugs auf die Justiz haben wir schon lange gefordert. (Abg. Dr. Reinhold: Sehr richtig!) Die Form für unsere Mitarbeit wird die Verfassung sein; hält sich die Regierung an diese nach Wort und Geist, dann werden wir sie unterstützen, und Nichts ist uns wichtiger als unsere Mitarbeit sein das Wohl des Volkes. (Beavo! recht.)

(Schluß der Sitzung 6 Uhr 22 Minuten.)

5. Sitzung.

Freitag, den 15. Dezember 1922, vormittags 9 Uhr 15 Minuten.

Präsident Winkler eröffnet die Sitzung 9 Uhr 15 Minuten vormittags.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Breda, die Minister Lipinski, Heldt, Fellisch, Rißau und Dr. Zeigner sowie Regierungsvertreter.

Punkt 1 der Tagesordnung: Erste Beratung über die Vorlage Nr. 4, die Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten der Beschaffung von Speiseräumen für die Studentenschaft der Technischen Hochschule betreffend.

Aus der Vorlage ist hervorzuheben:

Die wirtschaftliche Notlage des größten Teiles der Studentenschaft fordert immer dringender die Unterstützung der Bestrebungen, durch Wohlfahrtsvereinigungen den Studierenden die Durchführung ihrer Studien zu ermöglichen oder wenigstens zu erleichtern. Bei der Technischen Hochschule zu Dresden besteht insbesondere für diese Zwecke die Einrichtung eines studentischen Mittagstisches (mensa academica), der vielen Hunderten wenig bemittelten Studierenden die Abgabe einer nothwendigen Verköstigung zu verhältnismäßig billigen Preisen vermittelt. Die Küche selbst ist auf dem Hochschulgrundstück an der George-Bähr-Straße, allerdings in der primitivsten Weise, zurzeit in der Maschinenhalle B untergebracht, die hierfür verfügbar ist. Dagegen fehlt es durchaus an ausreichenden Räumlichkeiten, in denen die Studierenden sich während der Einnahme des Mittagstisches und Abendessens aufhalten können. Da die jetzigen Zustände ganz unhaltbar sind, hatte der Dresdener Hochschulverein gemeinsam mit der Studentenschaft in der Erwartung weitgehender Unterstützung von Staat und der Stadt Dresden zunächst den Plan gefaßt, ein eigenes Studentenhaus zu errichten, in dem die Küche und die Speiseräume untergebracht werden sollten, das aber auch im übrigen Räume für Vorträge und gefellige Veranstaltungen, ferner Bücherräume und die nötigen Geschäftsräume für die Selbstverwaltung der Studierenden enthalten sollte. Dieser Plan hat jedoch mit Rücksicht auf die ungemein gestiegenen Baukosten nicht durchgeführt werden können. Um aber den dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden, ist beabsichtigt, sofort die oben genannte Maschinenhalle B so auszubauen, daß sie neben der besser auszugestaltenden Küche die erforderlichen Aufbewahrungs- und Wirtschaftsräume sowie angemessene und ausreichende Räume für die Studentenspeisung gewährt. Die Kosten für diesen Ausbau werden rund 8 Mill. M. betragen. Da der Hochschulverein und die Studentenschaft die Mittel hierfür nicht aufzubringen vermögen, erscheint staatliche und städtische Hilfe hierfür unumgänglich nötig. Es besteht die Aussicht, daß die Stadt Dresden ihrerseits die Hälfte der Baukosten übernimmt.

Der Landtagspräsident wird ersucht, mit tunlichster Beschleunigung einen Beschluß des Landtags herbeizuführen,

daß die Regierung ermächtigt wird, zur Beschaffung von Räumen für die Studentenspeisung an der Technischen Hochschule unter der Bedingung, daß die Stadt Dresden hierfür einen Beitrag in gleicher Höhe leistet, den Betrag von 4 000 000 M. sofort zu veranschlagen, dessen Verschreibung bei Kap. 92 des Haushaltsplans für 1922 in einem besonderen Titel zu erfolgen hat.

Abg. Jilker (Dtschnat.): Die Vorlage Nr. 4 erscheint mir außerordentlich arm und dürftig. Sie entspricht jedenfalls nicht dem, was die Studentenschaft von ihr erhoffte. Ich habe das Empfinden, daß die hier angeforderten 8 Millionen Mark direkt herausgeworfen sind, denn wenn in der Technischen Hochschule schon ein Bau errichtet oder ein vorhandener Bau verwendet werden soll zu Speiseräumen, so bedeutet das weiter nichts, als die Errichtung einer Art Stube, eines Hauses, wie man etwa jeden Neubau errichtet zum Einnehmen von Wahlgeldern. Das entspricht durchaus nicht dem, was man berechtigterweise der Hochschule entgegenbringen muß. Ich möchte die Regierung doch bitten, zu erwägen, ob nicht auf den ursprünglichen Plan zurückgekommen werden möchte und ein Haus errichtet wird, das den berechtigten Anforderungen und Ansprüchen gerecht wird. Es scheint mir, daß man die Studentenschaft als eine Art Stiefkind behandelt.

Abg. Anders (Dtschn. Sp.): Wenn es auch sehr wünschenswert ist, auf den ursprünglichen Plan zurückzugreifen, um der Art der Studentenschaft abzuhelfen, so ist das doch bei dem gegenwärtigen Baubestand ein-

sach nicht möglich. Das Notwendigste ist schnelle Hilfe in dieser Angelegenheit.

Darauf wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung: Erste Beratung über die Vorlage Nr. 5, die Gewährung eines Darlehns in Höhe von 50 000 000 M. an die Grassi-Textilmehlmühle A. G. in Leipzig betreffend.

Aus der Vorlage ist hervorzuheben: Die „Gemeinnützige Textilmehlmühle G. m. b. H.“ in Leipzig verfolgt den Zweck, die Textil- und Rohwarenmesse im Rahmen der Leipziger Mustermesse zu fördern und auszugestalten. Ihre Gesellschafter sind die an der Leipziger Textilmesse interessierten Aussteller, ihr Ausschickrat besteht aus Ausstellern sowie aus Vertretern des Rates der Stadt Leipzig und des Reichamtes; ihm sind je ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und des sächsischen Wirtschaftsministeriums als Kommissare beigegeben. Die Gesellschaft hat bisher die Messhalle auf dem Königplatz und das in der Kramerstraße gelegene Reichhaus „Saxonia“ für die Zwecke der Textilmesse bereitgestellt. Um der Leipziger Textilmesse die dringend notwendige weitere räumliche Ausdehnung zu ermöglichen, damit sie nicht von der mit ihr in schärfstem Wettbewerb stehenden Frankfurter Messe überflügelt wird, soll auf dem der Stadt Leipzig gehörenden Gelände des Grassi-Museums ein neuer Zweckbau errichtet werden. Die Gemeinnützige Gesellschaft hat nunmehr eine „Grassi-Textilmehlmühle A. G.“ errichtet, die für sie den Bau vollenden soll, die Stadt Leipzig hat der Aktiengesellschaft am Baugrundstück für 75 Jahre das Erbbaurecht übertragen.

Der sächsische Staat hat sich in Verhandlungen mit den Beteiligten — vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages — unter Anerkennung der erheblichen wirtschaftlichen Bedeutung der Leipziger Mustermesse im allgemeinen und der für das Textilhandwerk in erster Linie wichtigen Textilmesse im besonderen bereit erklärt, der „Grassi-Textilmehlmühle A. G.“ ein Darlehen von 50 Mill. M. unter folgenden Bedingungen zu gewähren:

- 1. Das Darlehen ist in jährlichen Raten von 10 Mill. M., beginnend am 31. März 1923, zurückzuführen. Eine vorherige Rückzahlung steht der Gesellschaft frei.
2. Das Darlehen ist mit jeweils 1/2 Proz. über Reichsbankwechselkurs zu verzinsen.
3. Für die Rückzahlung des Darlehns übernimmt die Stadt Leipzig die selbstschuldnerische Bürgschaft dergegestalt, daß sich der Staat für diesen Bürgschaftsanspruch notfalls aus den Einkommenssteueranteilen der Stadt Leipzig befriedigen kann.
4. Die Aktiengesellschaft verpflichtet sich, den Bau des Textilmehlhäuses mit größter Beschleunigung fortzuführen und zu vollenden.
5. Je ein Vertreter des Wirtschafts- und des Finanzministeriums werden in den Ausschickrat der Aktiengesellschaft delegiert. Dieser bezieht weiterhin aus dem Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Vertretern der Stadt Leipzig und des Reichamtes Leipzig sowie aus dem Ausschickrat der „Gemeinnützigen Textilmehlmühle G. m. b. H.“, verfaßt durch 6 Vertreter der Aussteller-Ausschüsse.

Diese Bedingungen sind von den Beteiligten angenommen worden.

Es ist demgemäß in den Entwurf eines Nachtrags zum außerordentlichen Haushaltsplan für 1922 folgender Titel aufgenommen worden:

„Darlehen an die Grassi-Textilmehlmühle A. G. in Leipzig . . . . . 50 000 000 M.“

Die Beteiligten haben entscheidendes Gewicht auf tunlichst sofortige Überweisung der Darlehenssumme gelegt, um sich durch Ankauf von weiterem Baumaterial usw. nach Möglichkeit vor der fortschreitenden Wertminderung zu sichern. Der Staat erkennt an, daß, wenn nicht der beabsichtigte Zweck des Darlehns erreicht werden soll, für die umgehende Überweisung der Darlehenssumme eine zwingende Notwendigkeit besteht.

Der Landtagspräsident wird gebeten, mit tunlichster Beschleunigung einen Beschluß des Landtags dahin herbeizuführen,

daß die Regierung ermächtigt werde, unerwartet der Verabsichtigung des Finanzgesetzes, betreffend den Nachtrag zum außerordentlichen Haushaltsplan für 1922, den Betrag von 50 000 000 M. als Darlehen an die Grassi-Textilmehlmühle A. G. in Leipzig umgehend zur Auszahlung zu bringen.

Abg. Günther (Blauen) [Dem.]: Nach der Verfassung hätte die Staatsregierung die Gewährung eines derartigen im Haushaltsplan nicht vorgesehenen Betrages in der Form eines Nachtragssetats an den Landtag bringen müssen. Zum materiellen Inhalt der Vorlage selbst aber bemerke ich, daß wir jederzeit die Bestrebungen, die Leipziger Messe in allen ihren Verzweigungen zu heben, unterstützen haben, und aus dieser Sachlage heraus werden wir auch heute für die Vorlage stimmen.

Darauf wird auch diese Vorlage gegen 4 Stimmen angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung: Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

Ministerpräsident Breda: In den zirka 4 1/2 stündigen Ausführungen, meine Damen und Herren, haben die gestern beauftragten Redner aller Fraktionen des Landtages Stellung zu der von der Regierung vorgebrachten Erklärung genommen. Die Jenseit, die erteilt worden ist, ist keine gänztliche, (Sachen recht.) denn alle Parteien, die dazu Stellung genommen haben, vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokratischen Partei, hatten sehr viel zu bemängeln. Sie haben vor allen Dingen bemängelt, daß in der Regierungserklärung sehr viel nicht enthalten ist.

Ich bitte Sie zunächst eins zu beachten. Ich habe selbst in der Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß wir die Politik, die durch die Erklärung vor zwei Jahren gekennzeichnet und gezeichnet worden ist, weiter-

fortzusetzen gedenken, und ich habe auch Bezug genommen auf die vor zwei Jahren abgegebene Erklärung, deren Inhalt auf einen Zeitraum von vier Jahren berechnet war. Durch die Auflösung des Landtages ist es nicht möglich gewesen, das damals aufgestellte Programm so zu erfüllen, wie wir es in der Absicht hatten. Infolgedessen muß die jetzt begonnene Tätigkeit ganz folgerichtig und logisch eine Fortsetzung der im Jahre 1920 begonnenen Tätigkeit sein. Mit Rücksicht auf diese Tatsache habe ich es nicht für angebracht gehalten, nunmehr erneut in einer Regierungserklärung alle Fragen und Probleme aufzurollen, die uns beschäftigen werden. Gewiß ist es möglich, alles, was im Etat, in der Politik, in der Wirtschaft, in der Verwaltung in den letzten zwei Jahren passiert ist und was in Aussicht steht, in der Regierungserklärung zu kennzeichnen. Aber das würde eine Ausführung gewesen sein, die einen ganzen Tag in Anspruch genommen hätte. Wir haben aber eine ganze Session vor uns, meine Damen und Herren. Wir haben die Haushaltsnachtragsberatungsmittelsamabendweihnachten zu beginnen. Wir werden dem Etat für 1923 und bei der Beratung jedes einzelnen Kapitels reichlich Gelegenheit haben, Exkursionen in alle Gebiete zu wagen. Würde ich all die Fragen, die gestern angeschnitten worden sind, auch in der Regierungserklärung verhandelt haben, dann bin ich überzeugt, würde der Landtag nicht den Beschluß fassen können, heute in die Ferien zu gehen, denn die aufgeworfenen Probleme würden Sie alle verpflichten, tagelang dazu Stellung zu nehmen. (Abg. Kemmer: Wir sind doch einmal da!) Ich hätte nichts dagegen, wenn der Landtag weiter tagt, denn die Arbeitsfülle, die vor Ihnen liegt, ist ziemlich reichlich.

Ich habe gestern als aufmerksamer Hörer die philosophischen, die staatsrechtlichen und die verwaltungsmäßig-nischen Ausführungen (Zuruf der Sozialdemokraten: Ethischen!) in den verschiedenen Variationen gehört. Das ist nichts Neues für mich. Tag für Tag gehen Duzende von Eingaben bei der Staatsregierung ein, Duzende von persönlichen Anregungen, die sich alle mit der Gegenwart und der Zukunft beschäftigen, auch mit Fragen, die gestern angefaßt worden sind, und die ich noch speziell ganz kurz besprechen werde, mit den Fragen, mit denen unsere ganze wirtschaftliche Struktur abhängig ist. Tagtäglich werden solche Vorschläge gebracht. Aber wenn man sie eingehend nachprüft, sind sie immer einseitig diktiert, von einseitigen Gesichtspunkten niedergeschrieben, und die Zusammenhänge mit der Reichs- und Landespolitik, die Bedingungen des Friedensvertrages, der Verfassung usw. werden nicht berücksichtigt, am allerwenigsten die Abhängigkeit Deutschlands in weltwirtschaftlicher und welt handelspolitischer Beziehung. Das alles wird übersehen, und darum kann ich auf solche Vorschläge und Anregungen nicht das Gewicht legen, das Sie, meine Damen und Herren, im allgemeinen auf die Ausführungen, die gestern gemacht worden sind, zu legen berechtigt sind.

Hier im Hause sind nun einzelne Fragen durch-gesprochen worden, nachdem erst die Jenseit von den einzelnen Fraktionen abgelesen worden ist; daß das Regierungsprogramm ungenügend ist, daß man mit der Regierung und ihrer Tätigkeit bisher nicht zufrieden war und ihr auch in Zukunft nicht freundlich gegenübersteht. Diese Aussicht hindert uns nicht, das in Angriff zu nehmen, was wir als Regierung für recht und berechtigt und durchführbar halten. Wir können hier nicht eine Anzahl von Besprechungen aufführen, nicht ein Programm von unzähligen Wünschen vorklamieren, wir können nur das kurz zeichnen, was wir mit ehrlichem Willen und mit Ihnen, meine Damen und Herren, durchzuführen willens und imstande sein werden.

Der erste der gestrigen Redner, Herr Abgeordneter Wirth, hat an die Regierung das Ersuchen gerichtet, das aufgestellte Programm durchzuführen. Nun gestalten Sie mir, auf Grund dieser Ausführungen und der der nachfolgenden Herren Redner einiges zu klären, einiges noch einmal Revue passieren zu lassen, was gestern ausgefaßt worden ist.

Der Herr Abgeordnete Dr. Kaiser vermischt zunächst nach kurzer Einleitung, daß in der Zusammenfassung des geistigen Bandes fehle, und auch der Herr Abgeordnete Vöttcher, der in dieser Beziehung mit Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser vollständig konform geht, sagt, der große Zug fehlt in der Erklärung. Der große Zug ist aber wohl nach meiner Meinung durch die Ausführungen der Herren Redner, speziell des vorletzten Redners in die Diskussion hineingekommen. Gewiß ist es möglich, in eine Erklärung große politische Richtlinien einzuflechten. Nur frage ich Sie aber, ist es notwendig und ist es jetzt in Sachen gegenüber den bedeutungsvolleren Interessen Gesamtdeutschlands notwendig, die ganzen Fragen der Reichspolitik aufzurollen. Ich halte das im gegenwärtigen Stadium nicht für angebracht, unter Umständen sogar für schädlich, wenn man in jedem State bei der Beratung in den einzelnen Landtagen die Reichsfragen eingehend bespricht und berührt und dadurch Regierungsmassnahmen im Reiche unter Umständen fördert, die von dazu berufeneren Stellen im Reiche allein vorbereitet werden können. Ich werde noch auf die positiv gestellten Fragen eingehen. Wir werden auch Gelegenheit haben, bei der Beratung der bereits reichlich eingegangenen Anfragen Spezialgebiete eingehend zu berühren. Auch die Frage, welche Stellungnahme der sächsische Ministerpräsident in der Besprechung der Staatspräsidenten am 5. und 6. Dezember in Berlin eingenommen hat, wird mir Gelegenheit geben, einmal die Fragen zu behandeln, die nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser zu der Regierungserklärung als ungenügend oder mangelhaft bezeichnet worden sind.

Der Berliner Vertrag ist berührt worden, insbesondere die Schulfrage. Wir haben uns vor zwei Jahren mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Auch die Schulfrage hat uns im Laufe der Jahre eingehend beschäftigt, aber ich frage Sie, ist es angebracht, bei dieser Gelegenheit immer wieder die Schulfrage aufzurühren? Wir stehen in Verbindung mit der Reichsregierung und haben wohl die Gründe, die die Reichs-

regierung von einer Aufstellung dieses Problems bisher abgehalten hat, gewarnt. Wir haben zurzeit noch fünf deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, die zu Buchthaus verurteilt worden sind, darunter zwei sächsische. (Abg. Sievert: Und wieviel weitere Gefangene in Deutschland?) Wir haben uns unausgesetzt bemüht, diese Kriegsgefangenen frei zu bekommen und diese Bemühungen und andere Rücksichtnahmen haben uns veranlaßt, nicht fortwährend die Fragen aufzurollen, die von einer Seite des Volkes als die allein maßgebenden bezeichnet werden. Selbst wenn es uns gelingen sollte, in der Welt eine Umänderung der Auffassung herbeizuführen, dann würde in der Zeit, in der wir uns jetzt befinden, eine Besserung für uns noch nicht erreicht sein, denn der mächtige Sieger ist unausgesetzt bemüht, seine Macht fühlen zu lassen, und darum muß eine vorläufige Politik eingeschlagen werden, vor allen Dingen aber auch — das will ich erklären — eine Politik, die dem Gegner nicht das Recht gibt, die Behauptung aufzustellen, daß Deutschland böswillig die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe mich immer bemüht — und ich betone, jedermann, der im öffentlichen Leben steht, muß es tun — zu erklären, daß wir nach Kräften bemüht sein wollen, das zerstückte und niedergeschlagene Europa mit ausbauen zu helfen, soweit es unsere Kräfte und unsere Mittel im allgemeinen zulassen, nicht darüber hinaus. In dieser Beziehung hat die sächsische Regierung alles getan, was sie verantworten konnte, in den meisten Fällen im Einvernehmen mit der Reichsregierung.

Ich meine also, das Problem der Schuldfrage, das Problem von Versailles, die Bestimmungen des Friedensvertrages hier aufzurollen, ist nicht angebracht, wenn in einer Regierungsberatung das Arbeitsgebiet einer Landesregierung aufgerollt werden soll. Herr Abgeordneter Dr. Kaiser machte der Regierung den Vorwurf, daß ihr das Bewußtsein der Pflicht, diese Fragen zu behandeln, fehle. Diesen Vorwurf wehre ich ab, Herr Abgeordneter Dr. Kaiser. Wir haben getan, was unsere Pflicht gewesen ist, und ich habe als Vortreiber des Anwartsamtes die Korrespondenz mit gepflegt und unseren Willen in die Antworten hineingearbeitet, die an die Reichsregierung gegeben worden sind.

Es ist weiter gesagt worden, daß das Verhältnis zur Reichspolitik nicht berührt worden sei aus Angst vor dem kommunistischen Urteil, aus Angst davor, das, wenn man die Politik Cuno unterläßt, man von der Arbeiterschaft Vorwürfe erhalte. Meine Herren! Heute, nachdem das jetzige Reichskabinett erst wenige Tage in Tätigkeit gewesen ist, ist es nicht denkbar, ein abschließendes Urteil abzugeben, aber keineswegs wird uns das, was wir in der vorkriegspolitischen Beziehung, in wirtschaftspolitischer Beziehung bisher als richtig anerkannt haben, abhalten, an der Reichsregierung und deren Maßnahmen die Kritik zu üben, die wir im Interesse des sächsischen Volkes zu üben verpflichtet sind. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Und zuzustimmen, wenn von der Reichsregierung gute Vorschläge gemacht werden, die zu unterstützen, uns keineswegs eine Kritik abhalten kann, auch dann nicht, wenn wir von irgendeiner Seite Vorwürfe erhalten könnten. Nein, meine Herren, wir haben gelernt, sachlich zu urteilen, gleichviel, von welcher Seite etwas kommt. Wenn es unserer Prüfung standhält, wird es unterstützt, wenn wir es nicht verantworten können, wird es bekämpft. Das haben wir bisher getan und das werden wir auch in Zukunft weiter tun. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren: Ein Bekenntnis zur Reichseinheit, das brauchen Sie von uns, von der sächsischen Regierung nicht zu verlangen. Wir stehen auf dem Standpunkte der Reichseinheit, und alle unsere Maßnahmen weisen darauf hin, daß wir den Weg betreten wollen, der zu einer Zentralisation der gesamten Verwaltung im Reiche führt. Ich habe früher einmal betont und unterstreiche es auch heute wieder von neuem, wir können uns in Zukunft den Komfort einzelstaatlicher Verwaltungen nicht mehr gestatten. (Sehr richtig! rechts.) Um das aber erreichen zu können, ist eine gewisse Zeit notwendig, in welcher der Übergang von den durch jahrhundertelange Traditionen erlärtesten und festgefügten Verhältnissen in die neuen werdenden Verhältnisse vorbereitet werden muß. Also das Verlangen, ein Bekenntnis zur Reichseinheit, zur Treue zum Reiche abzulegen, das auch der Herr Abgeordnete Dr. Seuffert gestellt hat, ist meiner Ansicht nach bei der sächsischen Regierung nicht angebracht, denn unsere Taten und unsere Stellungnahme beweisen zur Genüge, daß wir auf dem Standpunkt der Reichseinheit stehen.

Die materielle und sittliche Not habe kein wohlwollendes Wort gefunden. Wir haben in der Regierungserklärung auf die Wohlfahrtsinstitutionen hingewiesen, auf die sozialpolitischen Neuerungen, und, meine Herren, sollen wir das aufzählen? Soll der Herr Arbeitsminister, soll der Herr Minister des Innern alle die Maßnahmen registrieren, die in den letzten 2 Jahren getroffen worden sind, um den Versuch zu machen, das furchtbare Elend zu lindern, das uns umgibt und das wir bisher nicht meistern konnten, das Elend, meine Herren, das nach der Meinung der Herren Abgeordneten Dr. Eberle und Dr. Kaiser nicht allein von der Salustfrage abhängig ist? Das ist richtig, die Salustfrage, das Sinken unseres Geldwertes ist eine Folge des Elendes und das Elend ist eine Folge des Krieges. Ich habe vor zwei Jahren eingehend darauf hingewiesen, daß es in einem Staate wie Deutschland, wo 18 Millionen Menschen vier Jahre lang nicht produktiv gearbeitet haben, wo durch den Krieg alle Vorräte, die wir in jahrzehntelanger Arbeit aufgespeichert hatten, vernichtet worden sind, ganz erklärlich ist, daß in einem weiteren Zeitraum von vier Jahren das große gewaltige Minus gar nicht auszugleichen ist, das durch den Krieg entstanden ist. Nun ist uns noch die Verpflichtung auferlegt worden — ob mit Recht oder Unrecht, lasse ich dahingestellt — die gewaltigen Reparationslasten zu tragen, die unsere ganze Wirtschaft zu lähmen geeignet sind. Wenn wir zurzeit noch jeden Tag 6000 Eisenbahnwaggons Kohlen abliefern müssen, wenn wir die

gewaltige Masse von Baumaterialien abliefern müssen, wenn für das nächste Jahr eine Holzlieferung von 4500000000 Meter verlangt wird, so ist ohne weiteres allein durch diese Zahlen bewiesen, welche furchtbaren Anstrengungen wir machen müssen, um das Gleichgewicht der Wirtschaft einigermassen zu halten. In diesem Stadium sind wir — das betenne ich frei und offen — nicht imstande, all das Elend zu meistern, das uns umgibt. Ich kenne die Notlage der Arbeitslosen, der Kleinentner, der Sozialrentner, der Kriegsverletzten, die Notlage all derjenigen, die frühere bessere Tage erlebt haben. Ich kenne die Notlage derjenigen, die durch Deputationen und einzeln bei mir vorstachen, oft bei mir vorstehen, ich habe versucht, mit den mir zur Verfügung gestellten Mitteln lindern einzugreifen. Die Regierung hat mit Ihnen, meine Damen und Herren, in dem kleinen Sachsen mehr getan, relativ und prozentual, als jeder andere Staat. Aber das betenne ich, das Elend, das von Tag zu Tag weiter anschwillt dadurch, daß Deutschland verkleinert ist, daß wir über 60000 qkm Land eingebüßt haben, daß unsere Bevölkerung dichter zusammengebrängt ist auf dem verbleibenden Teile, das Elend können wir nicht meistern, und auch die jetzige Reichsregierung, die sozialistischer ist und Ihren Wünschen entspricht, die geht auch mit bedeutendsten Mitteln und sorgenvollen Gedanken an ihre Aufgabe heran. Ich bin gerecht genug, um zu erklären, auch sie und keine Regierung wird imstande sein, die Wünsche, die auch gestern hier vorgebracht worden sind, zu erfüllen (Sehr richtig! links.), und es wird das Elend nicht beseitigt, wenn man immer und immer wieder wohlwollende Worte hört und zum Ausdruck bringt. Wohlwollende Worte haben wir hundert- und tausendfach gehört (Sehr richtig! links.), die Tat allein ist das Maßgebende. Wenn man in stiller, bescheidener Arbeit mit den zur Verfügung gestellten Mitteln versucht, die Not zu lindern, dann tut man meiner Ansicht nach mehr, als wenn man immer in der Öffentlichkeit mit seinem guten Herzen haufieren geht. Aus diesem Grunde haben wir es auch unterlassen, speziell darauf einzugehen.

Herr Abgeordneter Dr. Kaiser hat auf das Landesamt für Arbeitsvermittlung hingewiesen, ein Gebiet, das der Herr Arbeitsminister bei passender Gelegenheit im speziellen Streifen wird. Sachsen mit seiner industriellen Bevölkerung, mit seinem weit verzweigten Arbeitsnachweissystem hat ein Landesamt für Arbeitsvermittlung, dem ein Mann vorsteht, der auf Grund seiner nunmehr zweijährigen Tätigkeit den Beweis erbracht hat, daß er an der richtigen Stelle steht, (Sehr richtig! links.) und ich bedaure, daß gestern auch in den Ausführungen in diesem Hause die Qualität dieses Mannes bezweifelt worden ist. Ich bitte Sie, doch einmal aufmerksam die wöchentlichen Berichte zu verfolgen, ich bitte Sie, sich einmal die Tätigkeit selbst anzusehen, die von 35 Personen bewältigt wird, und Sie werden, wenn Sie objektiv urteilen, dann das Zeugnis abgeben müssen, daß dieses Amt in besten Händen ist. (Sehr richtig! links.) Wir haben eine weitverzweigte Tätigkeit, 35 Beamte und Angestellte bewältigen sie. Wir haben das Amt nach dem Reichs-gesetz eingerichtet, bis zum 1. April 1923 muß es komplett sein. Das kann Herr Abgeordneter Dr. Kaiser nicht wissen, daß die sachlichen und persönlichen Ausgaben, die bewilligt und notwendig sind, zu zwei Dritteln vom Reiche erstattet werden. Es ist auf Bayern verwiesen worden, das die Arbeit mit 5 Beamten bewältigt. Das zentrale Arbeitsnachweissystem in Bayern ist erst in der Entwicklung und kann gar nicht so komplettiert, so verzweigt sein wie bei uns im industriellen Sachsen. Und trotzdem werden dort die Arbeiten von delegierten Beamten erledigt werden müssen, die der Staat Bayern allein bezahlt. Sie würden uns mit vollem Recht nächstes Jahr den Vorwurf machen, daß wir fahrlässig gehandelt haben, daß wir dieses Amt nicht so besetzt und eingerichtet haben, wie es die Arbeit erfordert, trotzdem wir zwei Drittel der sachlichen und persönlichen Kosten vom Reiche entschädigt bekommen. Diese Frage wird noch speziell behandelt werden. Der Herr Arbeitsminister und die anderen Herren werden Gelegenheit nehmen, auf die Spezialfragen einzugehen.

Weiter ist der Vorschlag gemacht worden, ähnlich wie im Reiche einen Sparkommissar anzustellen. Herr Abgeordneter Kaiser, das Reich hat das Vorgehen Sachsens nachgeahmt. Wir haben einen Sparkommissar, (Zuruf rechts: Auf dem Papier! — Abg. Dr. Kaiser: Einen Reorganisations-, keinen Sparkommissar!) einen Sparkommissar, der nicht nur die Pflicht hat, die einzelnen Arbeiten in ihren Details zu beobachten und Vorschläge zu machen, sondern der die Pflicht hat, auch Abänderungsvorschläge zur Reorganisation der Verwaltung zu machen, und der Herr Amtshauptmann Dr. Richter, der dieses Amt führt, hat diese Aufgabe zu erfüllen versucht. Ebenso ist in jedem einzelnen Ministerium ein Herr beauftragt, der die Spezialaufgabe zu erledigen hat, Vereinfachungsvorschläge zu machen und durchzuführen. Ich kann Ihnen aus meinem Ressort Beweise erbringen. Wir haben früher — Auswärtiges Amt und Staatskanzlei — je einen Verwaltungsdirektor gehabt, wir haben jetzt einen; wir hatten zwei Kassendirektoren, wir haben jetzt einen für beide Ämter. Der Abbau ist eingetreten überall, wo es möglich war, und so ist es auch in anderen Ministerien. Aber das eine verkennen Sie wohl nicht: Die Aufgaben des Staates steigen von Tag zu Tag, speziell auch durch die Anregungen, Wünsche und Vorschläge des Landtags. Der Staat ist ein anderer geworden. Ich will die vielen Ämter, die seit dem Zusammenbruch und durch den Krieg und nach dem Kriege geschaffen werden mußten, gar nicht im einzelnen anführen, aber der Staat beschreitet neue Tätigkeitsgebiete, neue Wege auf Grund der Beschlüsse, auf Grund der Entwicklung. Wenn dem Staat die Steuerhoheit zum großen Teile genommen ist, dann muß der Staat natürlich notwendig sich einstellen auf die Einrichtung und Durchführung werdender Anlagen, und das haben wir getan mit Ihrer Zustimmung, meine Damen und Herren, und wenn in der Regierungserklärung gesagt ist, daß die Staatsämter und die werdenden Anlagen sich gut entwickelt

haben, so ist das bewußt und gewollt und den Tatsachen entsprechend. Früher hatten wir die Güter, die jetzt landwirtschaftlich genutzt werden, als Remontegüter. Da mußten Jahr für Jahr Zuschüsse von der Allgemeinheit geleistet werden. Jetzt haben wir die Umstellung vollzogen: 2300 ha Land sind unter dem Pflug, die Gebäude sind umgebaut, die Viehwirtschaft ist eingeführt worden. Und nun verlangt man von den Staatsgütern mit ihren 2300 ha landwirtschaftlich bebauten Lande, daß sie das Elend im ganzen Lande lindern sollen. (Widerspruch und Lachen rechts.) Wir haben in Sachsen über 900000 ha Land, landwirtschaftlich genutzt in Acker- und Weideland; wir haben über 370000 ha Forsten, darunter vom Staat 181000 ha bewirtschaftet. Sie äußerten gestern in den Ausführungen, und auch Herr Abgeordneter Dr. Eberle machte den Vorwurf, daß der Staat den Bucher mitreibe, sie stellen das Verlangen, daß wir die Preise von den aus den staatlichen Forsten gewonnenen Holzern und den auf staatlichen Gütern gewonnenen Produkten billiger stellen. (Abg. Dr. Kaiser: Ich verlange das nicht!) Meine Herren! Sie haben selbst die Beschlüsse gefaßt und die Verwaltung eingesetzt für die privatwirtschaftliche Betätigung der werdenden Anlagen. Wenn wir den Wünschen nachgehen würden, dann würden Sie in kurzer Zeit mit Recht der Staatsregierung den Vorwurf machen, daß selbst die werdenden Anlagen zu Zuschußanlagen umgewandelt werden. Wir haben die Pflicht, im Rahmen der allgemeinen Preisgestaltung auch die von uns erzeugten Waren zu diesen Preisen zu vertreiben, um Ihnen den Beweis zu erbringen, daß die landwirtschaftlichen Güter rentabel sind, um Ihnen den Beweis zu erbringen, daß die Forstwirtschaft unter Führung der forstwirtschaftlichen Beamten, der sachlich ausgebildeten Beamten noch die Erträge abwirft, die sie früher abgeworfen hat, und daß wir das uns anvertraute Gut schützen und fördern mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln. Wir haben im Vernehmen mit der Forstverwaltung den Gemeinden in den Forstbezirken Brennholz billiger abgegeben unter der Bedingung, daß dieses Holz nur an diejenigen Familien abgegeben wird, die einkommensteuerfrei sind. Wir haben den Beschluß gefaßt, daß für Brandkaminöfen, die in wirtschaftlicher Notlage sind, Bauholz billiger abgegeben wird. Zu mitkommen Deputationen von Innungen usw., von Holzarbeitenden Industrien und verlangen Ausnahmepreise und eine Herabsetzung der Preise, die bei den Auktionen erzielt werden. Wird einmal eine Ausnahme gemacht, dann wird sofort ein Petitionssturm losgelassen von anderen Interessenten, die erklären: wir sind nicht in der Lage, das Holz für diesen Preis zu bekommen, wir sind dann nicht konkurrenzfähig, der Staat unterstützt die Schlenkerkonkurrenz, dagegen müssen wir protestieren. Sie sehen, meine Damen und Herren, die Frage ist nicht so einfach zu behandeln. Wir sind mit den werdenden Anlagen, mit den Erträgen verpflichtet, dieselben Preise, die allgemeinen Marktpreise auszubringen. Von den Staatsgütern sind an die Beamterüberbände Kartoffeln geliefert worden, an die Gemeinden, an die Bezirke, an die Konsumgenossenschaften. Ganz Sachsen glaubt nun, daß die Staatsgüter das ganze Land mit Kartoffeln versorgen können, und dabei kann die ganze sächsische Landwirtschaft den Bedarf der sächsischen Bevölkerung kaum zur Hälfte decken, wie die Ernteeergebnisse vom Jahre 1922 nachweisen, wir sind infolgedessen auf den Bezug von Nahrungsmitteln aus anderen deutschen und aus außerdeutschen Gebieten angewiesen. Diese Frage ist die aller Schwierigste, und sie beschäftigt auch die Reichsregierung von Tag zu Tag. Ein 60 Millionen-Volk mit der kleinen landwirtschaftlichen Fläche, mit dem Wiederertrag der Ernte ist auf die Einfuhr von Auslandsgetreide angewiesen; und wenn jetzt noch 700000 t Auslandsgetreide im Deutschen Reiche bis zur nächsten Ernte zur Ernährung der Bevölkerung gekauft werden müssen, dann können Sie schon aus dieser gewaltigen Summe errechnen, welche Sorgen und Schwierigkeiten die Reichsregierung hat, um die Mittel dafür auszubringen. Das kann nicht allein mit mangelhaften Notizen und Kassenscheinen geschehen, dadurch wird der Geldwert noch weiter vermindert, und dieses weitere Sinken des Geldwertes veranlaßt uns fortwährend, uns mit den Teuerungsfragen, mit den Elendsfragen in immer stärkerem Maße zu beschäftigen. Darum ist auch die Frage, welche Einstellung die sächsische Regierung bei der Reichsregierung genommen hat, in diesem Zusammenhang vielleicht berechtigt. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es die vornehmste Pflicht der Reichsregierung ist, jetzt dafür zu sorgen, daß eine Stabilisierung der Währung versucht und herbeigeführt wird.

Wir haben weiter mit der Reichsregierung darüber konferiert, daß die Befragung auf dem Preismarkte die Regierung verpflichtet, Maßnahmen zu treffen, um einer weiteren Auspowierung der Volksmassen entgegenzutreten zu können. Wir haben die Verpflichtung, unausgesetzt auf das Elend aufmerksam zu machen, das in großen Massen besteht, und dafür zu sorgen, daß Mittel und Wege geschaffen werden, um das zum Leben Notwendigste zu annehmbaren Preisen den einzelnen zuführen zu können.

Herr Abgeordneter Kaiser hat auf die Ausländerfrage hingewiesen, da kommt der Herr Redner etwas post festum. Am 22. August ist bereits eine Verordnung über Maßnahmen zum Grenzschutz erlassen und durchgeführt worden. Ich habe bei der Verhandlung in Berlin am 6. Dezember angetregt, daß die Frage umgehend erledigt wird, daß bei Einreisen von Ausländern das Reich, die öffentliche Gewalt — nicht der Privatmann — das Recht hat, eine Tagesgebühr von den Einreisenden zu erheben, damit nicht der einzelne Privatmann, der Geschäftsmann, der Hotelier usw. der Ruinierter des Salustageswinnes ist, sondern das Reich, der Staat oder die Gemeinde; und der Reichsaussenminister Rosenberg hat mir erklärt, daß diese Frage bereits behandelt wird. Ich habe unzählige Beschwerden von Ausländern in dieser Beziehung bekommen, die darauf hinweisen, daß sie gerade als Ausbeutungsobjekt von einzelnen Persönlichkeiten betrachtet werden. Davon hat die Au-

gemeinheit keinen Nutzen sondern Schaden; wir haben aber einen Nutzen davon, wenn der Fremdenverkehr in angemessenen Grenzen wieder in Fluß kommt, denn wir haben bei den nach Deutschland zureisenden Ausländern Hunderte oder Tausende, die dafür sorgen, daß unsere Industrie Aufträge bekommt. Wir haben allerdings bei den großen Massen — Herr Abgeordneter Eberle sprach von zwei Millionen — sehr viel ungebetene und ungeliebte Gäste. In dieser Beziehung hat auch die sächsische Regierung getan, was ihre Pflicht ist, und diesen Elementen den Aufenthalt unmöglich gemacht.

Die Ausländerfrage ist also behandelt und eingehend beraten worden. Aber bei diesen Beratungen stehen wir auf die Verpflichtung des Friedensvertrages, der ausdrücklich besagt, daß Unterscheidungen zwischen Deutschen und Ausländern nicht eintreten dürfen, oder gegenüber den Ententeangehörigen, nicht eintreten dürfen. Wenn ein Stammesgenosse von uns aus dem Auslande kommt, dann muß er dieselben Gebühren bezahlen wie einer, der Franzose oder Engländer oder Tschechoslowake oder Amerikaner ist. Bei dieser Frage haben wir aber auch daran zu denken, daß deutsche Vertreter, deutsche Volksgenossen auch die Pflicht haben, zur Belebung unseres Handels und unserer Industrie in das Ausland zu gehen; wenn wir nun Maßnahmen treffen, die eine Erschwerung in allen Beziehungen bedeuten, dann haben wir mit Repressalien zu rechnen, und das würde der deutschen Volkswirtschaft nicht dienlich sein.

Also nicht ein Verlangen allein stellen, sondern, wenn das Verlangen gestellt wird, an alle Möglichkeiten, an alle Eventualitäten denken und dann die Sache so durchzuführen, daß wir in unserer Gesamtheit keinen Schaden davon haben.

Herr Abgeordneter Kaiser hat dann weiter noch auf die Amnestie-Ablehnung hingewiesen; er hat es begrüßt, hat dann aber weiter gesagt, daß Begnadigungen auch auf die Ministerbeleidiger auszuweiten sind. (Abg. Dr. Kaiser: Keine Strafanträge stellen!) Es ist unendlich, all die Angriffe, Verdächtigungen und Beleidigungen, die Gemeinheiten, die systematisch verbreitet worden sind, hier vorzutragen. Wir haben Dutzende von Strafanträgen stellen müssen, eben obwohl wir nur Minister sind, von einem Parlament gewählt und bestimmt, Minister, indirekt vom Volke gewählt. Auch wir haben eine Ehre und ein persönliches Ehrgefühl, und wenn die Beleidigungen so hagelnd, wie es Rode und Usus wurde, erfolgten, dann gab es keinen anderen Weg, als die Hilfe der Gerichte anzurufen. Wir haben Dutzende von Verurteilungen erreicht und haben Exempel damit statuirt. Aber es mag eine gewisse Berechtigung in dem gestellten Verlangen liegen: Ich weiß, in Zeiten politischer Erregung — und die haben wir reichlich gehabt: einmal seit der Frühjahrstagung hier im Landtage die Attade auf die Regierung, das Volksbegehren, die Landtagsauflösung, und darunter herein die wahnwichtigen verurteilten Verbrechen im Reiche —, alles das hatte eine Atmosphäre erzeugt, in der die einzelnen sehr leicht entgleiten durch Worte, durch Beleidigungen. Wir haben nun auch darüber beraten, ob der Zeitpunkt jetzt gekommen sei, nachdem Dutzende zu ganz merkwürdigen Strafen verurteilt worden sind, die Frage zu prüfen, ob in dieser Beziehung nunmehr auch das, was wir bei anderen Verfehlungen getan haben, weil Justiz und Rechtsprechung niemals von dem sozialen Leben losgerissen werden darf, — ob wir jetzt auch den Zeitpunkt für gekommen erachten, bei Beleidigungen einzelne Begnadigungen oder Niedererschlagung vorzunehmen. Das muß aber von Fall zu Fall geschehen, keineswegs kann es aber angewendet werden für die Beamten, die im Staatsbetriebe stehen, die die Pflicht haben, die Regierung, die Minister immer als vom Parlament erwählte Minister als ihre ersten Mitarbeiter zu betrachten. Kein Beamter darf sich das Recht herausnehmen, Beleidigungen auszusprechen, die geeignet sind, das Ansehen, die Autorität und die Person des Ministers in den Ruf zu ziehen. Auf diese Leute kann meines Erachtens ein Begnadigungsamt nicht ausgedehnt werden.

Herr Abgeordneter Eberle hat zu Beginn seiner Ausführungen gesagt, daß die Regierung das Volk den Berg weiter herunterführt. Soll ich das ganze Problem des Elends aufstellen, die Ursachen, und soll ich darauf verweisen, daß selbst Leute, die in den Reihen der Rechtsparteien stehen, erklärt haben, daß mit der Berufung Ludendorffs und Hindenburgs das Elend des deutschen Volkes und das unglückliche Ende des Krieges besiegelt war? Denn es wurden von der Heeresführung Kriegsziele verlangt, die undurchführbar und unerfüllbar waren. Wenn auch nach vierjährigem, gewaltigem Ringen ein Volk zusammenbricht und aus einem Nichts sich emporarbeiten muß, dann ist es meiner Ansicht nach unverantwortlich, wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß eine Regierung ein Volk den Berg hinabführt. Wir haben jetzt im Reiche eine bürgerliche Regierung; wie lange diese bürgerliche Regierung die Last allein tragen kann und will und wie, weiß ich nicht, aber gleichviel, wie lange es dauert, ob einen Monat, ein halbes Jahr oder ein ganzes Jahr: ich habe kein Interesse daran, daß fortwährend Ministerwechsel vorgenommen werden; ich habe kein Interesse daran, daß das geschieht, aber das eine weiß ich: ganz gleich, wie lange die Regierung im Reiche sein wird, sie wird nach kurzer Zeit Gelegenheit haben, zu sagen, daß auch sie nicht imstande war, trotz guten Willens, trotz eifriger Arbeit, uns von dem Elend zu befreien; und dann wird Herr Abgeordneter Eberle vielleicht den schweren Vor-

wurf auch gegen diejenigen richten, die ihm politisch nahe stehen.

Herr Abgeordneter Eberle sagte, daß es nur einen Weg zur Ordnung gibt, das sei die Gleichmäßigkeit der Steuererhebung für Reich, Staat und Gemeinden. Wir haben uns in dieser Beziehung reichlich bemüht, wir haben auch die Eingabe des sächsischen Gemeindetages eingehend unterstützt und begründet, daß die Erhebung der Umsatzsteuer, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer nicht den Landesfinanzämtern übertragen werden soll, sondern daß diese den eingearbeiteten Gemeindesteuerbehörden belassen werden sollen. Im allgemeinen stehen wir aber auf dem Standpunkt, daß an dem System der Reichseinkommensteuer nichts mehr geändert werden darf. Damit meine ich nicht die Stala der Erhebung, die gestern im Reichstag in einer nach unserer Meinung nicht berechtigten und gerechten Weise geändert worden ist. Man klagt alle Tage und alle Stunden von der Not der Staaten und Gemeinden und dabei ändert man den Tarif im Reichstage ganz wesentlich zugunsten der höheren Einkommen, auch zugunsten des Einkommens, das ich jetzt habe, das Tag für Tag beneidet und angefeindet wird. Ich habe noch niemals etwas gehört, daß man in diesen Kreisen Beschwerde darüber führt, daß Männer, die Offiziere waren, eine Pension bekommen, die annähernd so hoch ist wie das Einkommen eines Ministers. Auch zu meinen Gunsten ist der Einkommensteuertarif geändert, ich bin nicht erfreut darüber, weil dadurch die Kollage der Staaten und Gemeinden nicht behoben wird. Man mußte an dem Steuertarif festhalten, mußte die abzugsfähigen Einrichtungen wesentlich erhöhen, im allgemeinen aber die Stala behalten, damit die Staaten und die Gemeinden Überweisungen bekommen konnten, die sie in den Stand setzen, die von Tag zu Tag steigenden Ausgaben zu erfüllen. Die anderen Steuerarten, die Grundsteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer soll den Gemeinden zur Einbeziehung belassen werden. Der sächsische Städtetag hat am Mittwoch im Reichstag erklären lassen, daß er für eine Erhöhung der Umsatzsteuer stimmt. Die sächsische Regierung hat ihre Instruktionen gegeben, daß gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer gestimmt werden muß, weil diese Umsatzsteuer, die nicht nur einmal von der Ware erhoben wird, sondern fünf-, sechs-, zehnmal, ein Unrecht ist und weil sie die Ware nach unserer Meinung in unrechtmäßiger Weise verteuert. Wir sind dafür eingetreten, daß die Umsatzsteuer auf zwei Prozent herab bleibt und dafür, daß der Ausgleich zur Erhöhung der Einnahmen durch ein Festhalten an den Einkommensteuertarif herbeigeführt wird. Auch in dieser Beziehung haben wir getan, was wir dem Volke gegenüber verantworten können.

Der Herr Abgeordnete Dr. Eberle hat von dem Sterben der öffentlichen Betriebe gesprochen, von dem Sterben der Post, der Eisenbahn. Er hat auf das Beispiel der Berliner landwirtschaftlichen Güter hingewiesen. Die Reichspostverwaltung, die Reichsbahnverwaltung, die Straßenbahnen, die zum Absterben verurteilt sind, sind zum großen Teil, besonders, soweit es die Straßenbahnen betrifft, in den Händen von Privatunternehmen. Die Reichspost ist in den Händen eines Herrn gewesen, der auf bürgerlicher Weltanschauung steht, ebenso das Reichsverkehrsministerium. Der Minister Gröner hatte sich angelegen sein lassen, die Reichseisenbahnverwaltung zu reorganisieren und aus den eigenen Einnahmen zu finanzieren. Ihm ist es nicht gelungen. Ich persönlich habe die Auffassung, daß man zu zaghaft an die Erhöhung der Tarife bei diesen Verkehrsunternehmen herangegangen ist. Man hat immer geglaubt, daß Reichen und Wunder eintreten, und daß eine baldige Änderung und Besserung in bezug auf Währungs- und Salustfragen eintritt. Jetzt hat man den Schritt gewagt, eine plötzliche bedeutende Erhöhung der Tarife durchzuführen, und das wird diese bestehenden Anlagen, Eisenbahn und Post, in den Stand setzen, einen Ausgleich herzustellen. Aber, meine Damen und Herren, eins dürfen wir nicht vergessen. Während des Krieges — (Zuruf des Abg. Renner: Sozialisierung!) Herr Abgeordneter Renner, in den Ländern — gestatten Sie mir diese kleine Nebenbemerkung auf Grund des Zwischenrufes — wenn in einzelnen Ländern Experimente, die gemacht worden sind, gelungen wären, wir wären gern gefolgt und hätten selbst in dem kleinen Sachsen etwas gewagt. Aber wir wollen in der wirtschaftlichen Entwicklung keinen lustleeren Raum schaffen, sondern wir wollen aufbauen auf dem Gewesenen. Wir wollen — das betone ich auch hier — das Gute, was wir aus der Vergangenheit gerettet haben, das Materielle, Moralische, Ethische und Kulturelle ausbauen zu Besserem. Aber wir wollen keinen lustleeren Raum schaffen, der uns vor die gefährlichsten Folgen stellen würde.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, daran zu denken, daß die Eisenbahnen während des Krieges abgenutzt worden sind, ohne daß Bezahlung erfolgt ist, ich bitte Sie, daran zu denken, daß der Unterbau, das rollende Material, Maschinen und Waggons kaputt gegangen sind. Fünftausend Lokomotiven, hundertfünftausend Eisenbahnwaggons mußten wir an Frankreich unmittelbar nach Waffenstillstand abliefern. Im Reichstagshaushaltsausweis erklärte im Jahre 1918 der Verkehrsminister Breitenbach, daß 40 Prozent aller Lokomotiven im Krieg unbrauchbar und zusammengefahren worden sind, weil die sachkundigen Leute zum Kriegsdienst eingezogen waren und weil kein Metall-erhalt da war. Jetzt haben wir die Wirtschaft dieser vier Jahre mit zu tragen und daraus erklärt sich zum großen Teil das Defizit aus den Reichseisenbahnen mit-

Schätzern wird wohl auf diese Ursache hingewiesen. Man muß es auch laut und deutlich einmal sagen, was die Ursache dazu gewesen ist.

Auf die Beamtenfragen gehe ich nicht ein. Da wird sich Gelegenheit bieten, auch das Irrtümliche und Falsche der Auffassung, die hier zum Vortrage gebracht worden ist, zu widerlegen. Wir haben 3. St. in der Staatsverwaltung über 15 000 Beamte. Wir haben 1800 Angestellte, wir haben gegen 4000 Diätarier. Wir haben über 8000 Polizeimannschaften. Wir haben gegen 16 000 Lehrer an Volks- und höheren Schulen. Wir haben über 15 000 Staatsarbeiter. Jetzt sind in diesen großen, gewaltigen Beamtenkörper einige Persönlichkeiten gekommen, die politisch auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie stehen. (Zuruf rechts: Einige?) Ich will die 15 000 Staatsarbeiter außer Betracht lassen. Ich nehme an, daß es unter den Staatsarbeitern nicht viele gibt, die sich nicht stolz und freudig zur Sozialdemokratie bekennen. Ich nehme nur die 15 000 Beamten an und die 4000 Diätarier, die 19 000 Personen. Darunter ist eine verschwindend kleine Anzahl von Sozialdemokraten neu berufen, und das wird nun als eine parteiliche Beamtenpolitik bezeichnet. Meine Damen und Herren! Das ist ein sehr schwaches Argument, wenn man die große Zahl der Beamten betrachtet. Wir haben Staatsbeamte, die bei den Wahlen ihren Parteistandpunkt in Versammlungen vertreten haben und als Kandidaten der Volkspartei oder Deutschnationalen Partei aufgetreten sind. Mit gutem Recht, und kein Mensch in der Regierung hat sich darüber aufgeregt. Aber wenn Beamte in irgendeiner Tätigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben und übernommenen Verpflichtungen nicht so erfüllen, daß die Tätigkeit als einwandfrei und mit der Verfassung übereinstimmend bezeichnet werden kann, dann ist der Leiter dieses betreffenden Amtes verpflichtet, für Änderungen und Remedur zu sorgen. Das ist in einigen wenigen Fällen geschehen, die nun in der Welt herumgetragen worden sind. Die Kritik, die daran geübt worden ist, wird meines Erachtens und kann meines Erachtens keinen Minister veranlassen, in dieser Beziehung in Zukunft nicht etwa das zu tun, was er für richtig und notwendig hält. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Noch viel mehr!) Das wird also auch weiter geschehen. Aber ich will hierbei bekennen, daß nun, nachdem vier Jahre seit dem Zusammenbruch vergangen sind, die Umstellung sich deutlich und freudig bemerkbar macht, und ich will nicht unterlassen, anzuerkennen, daß die Tätigkeit des überwiegenden Teiles der Beamten, von dem so oft verlästerten Geheimrat bis zum jüngsten Diätarier, stets anerkannt worden ist und daß wir im Rahmen dieser Tätigkeit gemeinsam und kollegial arbeiten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Eberle hat hier in diesem Hause erklärt, daß der Polizeipräsident vor der kommunistischen Jugend präventiv habe und daß Plünderungen nicht verhindert worden sind, ein Vorwurf, der nicht gerechtfertigt ist. Wir werden noch Gelegenheit haben, bei Besprechung der Anfragen auf Grund der amtlichen Unterlagen nachzuweisen, daß in diesen schweren Tagen die Dresdner Polizeimannschaft mit ihrem Präsidenten und allen Beamten unaußersächlich zum Schutze der Einwohner tätig gewesen ist. Aber vorerst ist insinuiert, wenn über eine ganze Stadt, wo wir nur wenig hundert Exekutivmannschaften haben, plötzlich ein Aufruhr losbricht, wenn Fensterscheiben eingeschlagen und Läden geplündert werden, das alles zu verhindern? Die Tatsache, daß überall dort Plünderungen abgewehrt worden sind, wo Polizeimannschaften auftraten, gibt mir den Beweis, daß die Beamten in diesen schweren Stunden und Tagen ihre Pflicht getan haben, und ich will nicht unterlassen, diesen Beamten von dieser Stelle aus meinen Dank für ihre Tätigkeit auszusprechen (Bravo! links.), auch dem Dresdner Polizeipräsidenten, der in diesen schweren Tagen und Stunden seine Pflicht erfüllt hat. Es ist nicht denkbar, meine Herren, wenn plötzlich in einer Stadt eine so gewaltige Erregung vorhanden ist, nunmehr an jeder Ecke, an jedem Hause, an jedem Fensterladen Schutzleute hinzustellen, die Tag und Nacht auf den Beinen gewesen sind und ihre Pflicht getan haben. Wir haben auf Grund der Erfahrungen und Vorkommnisse am 18. November und auch mit Rücksicht auf den Verkehr und die offenen Geschäfte am vergangenen Sonntag eine Versammlung unter freiem Himmel, gestützt auf die Reichsverfassung, verboten. Also der Polizeipräsident, der die Exekutive in dieser Beziehung hat, hat getan, was meines Erachtens notwendig war. Im übrigen werden Sie bei Besprechung der Anfragen und Interpellationen eine Auskunft von dem Herrn Ressortminister erhalten.

Die Trennung von Kirche und Staat ist auch kritisch behandelt worden. Ich gestatte mir, Sie, meine Herren, darauf hinzuweisen, daß die Vorwürfe, die Sie der Staatsregierung in dieser Beziehung machen, durchaus unrichtig und ungerecht sind. Der Herr Kollege Fleißner, der wegen eines Todesfalles in seiner Familie bei der heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann, hat mich gebeten, gegebenenfalls auf diese Frage einzugehen. Ich werde das ganz kurz tun; auch die Anfragen, die unmittelbar nach Weihnachten der Beratung unterstellt werden, werden Ihnen Gelegenheit geben, die Frage eingehend zu behandeln. Aber der Staatsregierung einen Vorwurf im Landtag zu machen, ist unangebracht. Ich behaupte, meine Damen und Herren, daß die Initiative bei der obersten kirchlichen Behörde steht. Am 21. November 1918, vor reichlich vier Jahren, habe ich mit dem Herrn Präsidenten des Landeskonsistoriums und Herrn Bischof Löbmann eine Rücksprache gehabt.

(Fortsetzung in der nächsten Beilage.)